

Prio-Swiss-Beschwerde: «Schritt in die absolut falsche Richtung»

In einer Stellungnahme äussert sich der Einsiedler Arzt und SP-Kantonsrat Antoine Chaix kritisch gegenüber der Beschwerde von Prio Swiss über die Schwyzer Spitalplanung.

eva. «Die Beschwerde von Prio Swiss über die Schwyzer Spitalplanung erschreckt mich und ist ein Schritt in die absolut falsche Richtung», schreibt Chaix. Dass der Kanton Schwyz mit drei Spitälern, wie sie aktuell funktionieren, nicht optimal bedient sei, werde allen Akteuren zunehmend klar. Das sei eine Entwicklung, die anhand zweier Postulate gut darstellbar sei.

So sei sein Postulat «Verantwortung übernehmen in der Spitalplanung», das er am 30. November 2023 eingereicht habe und bei dem es genau um die Analyse der möglichen Doppelspurigkeiten und der Optimierung der Zusammenarbeit gegangen wäre, im Kantonsrat noch chancenlos gewesen. Das letzte Postulat über die Analyse und potenzielle Förderung der interkantonalen Zusammenarbeit im stationären Spitalbereich sei am 16. April einstimmig angenommen worden, erinnert Chaix.

«Alles andere als eine konstruktive Zusammenarbeit» Dabei sei dies nur ein Teil des Potenzials einer Optimierung der Spitallandschaft. Aber es zeige, dass ein (überfälliger und vielleicht zu später) Gesinnungswandel im Kantonsrat stattgefunden habe. Eingriffe in die exe-



Arzt und Kantonsrat Antoine Chaix: «Wenn dieser Schritt von Erfolg gekrönt würde, dann wäre ein gefährlicher Schritt weiter in Richtung des Krankenkassendiktats getan.» Foto: Eugen von Arb

kutive Souveränität der Spitäler, die früher unantastbar schien, seien jetzt erlaubt und seines Erachtens auch nötig, um aus der aktuell tatsächlich nicht idealen Situation herauszukommen, meint der Arzt.

«Dass nun die Krankenkassen juristisch gegen die Spitalplanung vorgehen, ist allerdings ein völlig falscher Weg und alles andere als eine konstruktive Zusammenarbeit. Der neue, übermächtige Verein lässt nun seine finanziellen und juristischen Muskeln spielen (die notabene über unsere Prämien ermöglicht werden), kritisiert Chaix.

Dabei liege der Verdacht nahe, dass mit dem Kanton Schwyz versucht werde, ein Exempel zu statuieren. Er sei klein genug und verfüge bekannterweise über eine sehr schlanke Administration mit entsprechend schmalen juristischen Schultern, was aus Sicht der beschwerdeführenden Krankenkassen strategisch sicher als Vorteil eingeschätzt worden sei, analysiert er.

«Eingriff in Souveränität des Kantons»

«Ich vertraue der Einschätzung des Regierungsrates Meier,

dass keine formellen Fehler in der Spitalplanung vorliegen und eine juristische Beschwerde somit auch keine Chance haben wird. Was mich aber schlicht entsetzt, ist die Tatsache, dass mit diesem Schritt versucht wird, in die politische Souveränität eines Kantons einzugreifen», schreibt Chaix weiter.

Dabei würden Argumente wie Qualitätssicherung und finanzielle Effektivität ins Feld geführt. Dass die Krankenkassen von keiner Instanz auf Effizienz, Qualität und mögliche Redundanzen unter die Lupe genommen würden, sei in die-

sem Zusammenhang geradezu ironisch.

«Wenn dieser Schritt von Erfolg gekrönt würde, was ich nicht hoffe, dann wäre ein gefährlicher Schritt weiter in Richtung des Krankenkassendiktats getan, frei nach dem Motto «wer zahlt befiehlt», interpretiert er die Situation.

Dieses Motto lasse aber ausser Acht, dass die Prämienzahler schliesslich die Zahlenden seien. Ein grosser Teil dieser Zahlenden gehöre zum Stimmvolk, welche sie als Politiker wählen mit dem Auftrag, nach bestem Wissen und Gewissen auch unsere Gesundheitspolitik zu bestimmen.

«Wir können somit als Politiker über den Weg streiten, das ist Teil der Sache, aber uns von der Dienstleistersparte, was die Krankenkassen letztlich sind, diesen vorschreiben zu lassen, ist undemokratisch und das letzte, was ich als Vorgabe im Gesundheitsbereich haben möchte.»

«Gefährlicher Präzedenzfall»

Leider sei zu befürchten, dass diese Führung zunehmend von den Krankenkassen gesucht werde, was er schon in seiner Arbeit als niedergelassener Grundversorger im ambulanten Bereich immer wieder erlebe. Obwohl er bekannterweise gerade in der Spitalplanung nicht immer gleicher Meinung wie die Regierung sei, so hoffe er sehr, dass sie sich erfolgreich gegen diese Beschwerde wehren könne. Käme der Krankenkassenverband Prio Swiss damit durch, wäre dies ein für unsere Gesundheitspolitik gefährlicher Präzedenzfall.

Parteienfinanzierung: SP erhebt Beschwerde

Die SP Schwyz erhebt Beschwerde gegen die ihrer Meinung nach fehlende Offenlegung der Parteienfinanzierung, wie die Partei in einer Medienmitteilung schreibt.

Mitg. Wer dieser Tage die Berichterstattung zur Offenlegung der Parteienfinanzierung gelesen habe, dürfte sich unweigerlich gefragt haben, was Transparenz bringe und ob es legal sei, dass FDP und Mitte als Finanzierungsquelle ihre internen Unterstützungsvereine angeben würden? Die Antwort sei Nein, schreibt die kantonale SP.

Die SP könne nicht länger akzeptieren, dass die konservativen Parteien die Herkunft ihrer Spenden hinter Spendenvereinen versteckten und so den Willen der Schwyzer Stimmberechtigten mit Füssen träten. Sie rufe das Verwaltungsgericht an, um dieser verfassungswidrigen Praxis Einhalt zu gebieten.

Seit 2022 transparente Parteienfinanzierung

Mitinitiant der Transparenzinitiative, Jonathan Prelicz, erläutert den Hintergrund der Beschwerde: «2016 hat die Schwyzer Stimmbevölkerung Ja zu unserer Initiative gesagt. Damit wurde die Offenlegung der Parteienfinanzierung in der Kantonsverfassung verankert. Als einer der ersten Kantone überhaupt schufen wir daraufhin ein Transparenzgesetz. Seit 2022 müssen alle Parteien offenlegen, woher das Geld kommt, das sie für ihre kantonalen Abstimmungs- und Wahlkampagnen einsetzen. Das tun sie jedoch bis heute nicht vollständig und der Kanton unternimmt nichts, obwohl er verpflichtet wäre, das Gesetz durchzusetzen. Deshalb haben wir uns entschieden, Beschwerde zu erheben.»

Ein Blick in die Offenlegungsdokumente für das Jahr 2024 zeige, dass diese tatsächlich kaum Licht ins Dunkel der Spendenherkunft bringen: So weise die FDP einen Betrag von über 100'000 Franken an Spenden aus, die von ihren Spendensammelvereinen «SUITO 1833» und «Freunde der FDP» stammen. Genauso die Mitte-Partei. Sie deklariert 20'000 Franken an Spenden von ihrer «Gesellschaft St. Martin». Wer das Geld in diese Kassen einbezahlt habe, wies sie nicht aus.

«Absichtliche Verschleierung der Spendenherkunft»

Diese absichtliche Verschleierung der Spendenherkunft widerspreche dem Willen der Schwyzer Bevölkerung, die sich für Transparenz ausgesprochen habe. Das werde nicht länger akzeptiert, meint SP-Präsidentin Karin Schwiter kämpferisch. Die SP gelange deshalb mit einer Beschwerde ans Verwaltungsgericht. Diese verweise auf die geltenden Bestimmungen in Kantonsverfassung und Transparenzgesetz. Die Beschwerde fordere, dass die hierfür zuständige Finanzkontrolle des Kantons Schwyz die Parteien zwingen, auch die Herkunft der Gelder, die ihnen über ihre Spendenvereine zufließen, auszuweisen.

Als Beschwerdeführende treten neben Fraktionspräsident Jonathan Prelicz (Goldau) auch die ehemalige Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Präffikon), sowie Parteipräsidentin Karin Schwiter (Lachen) und Vizeparteipräsident Walter Nüesch (Goldau) auf.

Vertreten wird die Beschwerde durch SP-Kantonsrat Elias Studer (Oberarth). Er gibt sich in diesem Fall zuversichtlich: «Dass die Umgehung der Transparenzbestimmungen durch die Zwischenschaltung von Spendenvereinen die Verfassungsbestimmung verletzt und somit rechtlich nicht zulässig ist, ist offensichtlich.»

Gesundheit: Klare Mehrheit will weiterhin drei Spitäler im Kanton

Seit Jahrzehnten sorgt die Schwyzer Spitallandschaft in Politik und Öffentlichkeit immer wieder für Diskussionen. Die Frage, ob der Kanton Schwyz für seine Grösse tatsächlich drei Spitäler der Grundversorgung braucht, ist jeweils zentral.

cc/mri. Das Thema ist auch schweizweit «ein grosses Thema», wie kürzlich der Schwyzer Gesundheitsdirektor Damian Meier im Interview mit dem Einsiedler Anzeiger sagte: «Momentan gibt es schweizweit 278 Spitäler, davon 101 Kliniken mit Grundversorgung – das ist sicher ein Überangebot.»

«Grösse der Spitäler nicht das wichtigste Kriterium»

Die Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz habe reagiert und schlage in ihren angepassten Empfehlungen eine schweizweite Bedarfsanalyse als Grundlage für weitere Entscheidungen vor. «Klar erscheint mir, dass regionale Akutspitäler eine Anbindung an eine grössere Klinik mit Spezialversorgung haben, wie das bereits heute oftmals der Fall ist, wobei die Grösse der Spitäler nicht das wichtigste Kriterium sein muss.» Eine Neuausrichtung ist laut Meier jedoch nur möglich, wenn alle Kantone zu Zugeständnissen bereit sind

und «nicht auf der Beibehaltung all ihrer Standorte und Leistungen beharren».

Über die Hälfte sieht Bedarf für drei Spitäler

Dass die ganze Branche zu kämpfen hat, immerzu den Spagat zwischen Qualität und Wirtschaftlichkeit meistern muss, befeuert die Debatte um die Anzahl Spitäler zusätzlich. Die Herausforderungen waren und sind enorm, wie auch seitens der kantonalen Spitäler immer wieder betont wird.

Aber: Kosten-Nutzen-Analysen, Tarifdebatten und nackte Zahlen sind das eine, die Wünsche der Schwyzerinnen das andere. Und hier zeigt sich ein ziemlich klares Bild, wie eine im Auftrag des Höfner Volksblatts erstellte, repräsentative Umfrage zeigt: 59 Prozent stellen sich auf den Standpunkt, dass es alle drei Spitäler in Lachen, Einsiedeln und Schwyz braucht. 9 Prozent wünschten sich sogar mehr als drei Spitäler.

Vor allem die Jungen (79 Prozent) und die Frauen (74 Prozent) wollen keinen Angebotsabbau. Für einen solchen sprachen sich insgesamt lediglich 28 Prozent aus. «Offensichtlich ist der Grossteil der Teilnehmenden mit dem aktuellen Angebot an Spitälern einverstanden», kommentiert der Schwyzer Gesundheitsdirektor Damian Meier auf Anfrage die Umfrage. Am aktuellen Angebot werde sich vorerst



«Im Gegensatz zu anderen Kantonen gibt es im Kanton Schwyz keine Kantonsspitäler», so Damian Meier, Schwyzer Gesundheitsdirektor. Foto: vvg

kaum etwas ändern. Denn der Regierungsrat hat erst kürzlich die neue Spitalliste per 1. Juli erlassen.

«Es entspricht zudem der politischen Tradition im Kanton

Schwyz, dass nicht der Kanton darüber entscheidet, wie viele Spitäler es gibt. Die Leistungserbringer gestalten ihr Angebot selbst und bewerben sich für die entsprechenden Leistungsauf-

träge des Kantons», erklärt Gesundheitsdirektor Meier. Ebenso seien sie für die Rentabilität selbst verantwortlich. «Im Gegensatz zu anderen Kantonen gibt es im Kanton Schwyz keine Kantonsspitäler», betont der Regierungsrat.

«Kantonsübergreifende Lösungen» werden geprüft

Dennoch hat sich der Kantonsrat in Übereinstimmung mit dem Regierungsrat im April für einen sanften Paradigmenwechsel ausgesprochen, als ein entsprechendes Postulat aus der Mitte-Fraktion erheblich erklärt wurde. Dieses forderte den Regierungsrat auf, zu prüfen, «ob kantonsübergreifende Lösungen, allenfalls in einem Konkordat für die überkantonale Zusammenarbeit von Spitälern, möglich sind».

Eine breit abgestützte, interkantonale Spitalplanung, die über die bisherige Koordination hinausgeht, würde dazu beitragen, die medizinische Versorgung über die Kantonsgrenzen hinweg zu steuern und eine effizientere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten zu ermöglichen, wie die Regierung in ihrer Antwort auf das Mitte-Postulat von Kantonsrätin Claudia Rickenbacher (Reichenburg) festhielt.

Nun gelte es, mögliche überregionale Zusammenarbeiten zu prüfen, «was auch Auswirkungen auf das aktuelle Angebot im Kanton Schwyz haben könnte», wie Damian Meier betont.